

1990/J XXI.GP  
Eingelangt am: 27.2.2001

## **ANFRAGE**

des Abgeordneten Pirkhuber, Freundinnen und Freunde  
an den Bundesminister für Land - und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft  
betreffend Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

In seiner Rede vor dem Europäischen Parlament hat Agrarkommissar Fischler die EU - Agrarpolitik hinterfragt. In Zeiten von BSE, dioxinverseuchten Futtermitteln und Förderungsbetrügereien gehöre die Agrarpolitik reformiert, so Fischler. Er griff eine Reihe von Vorschlägen auf, die in den Beschlüssen zur Agenda 2000 in Berlin am Widerstand von „nationalen und Verbandsinteressen“ gescheitert sind. Dazu gehörten seiner Ansicht nach eine Umschichtung der Beihilfen weg von den Ackerbaubetrieben hin in andere Produktionszweige und zusätzliche Programme für die ländliche Entwicklung. Fischler kündigte in seiner Rede an, im Rahmen des vereinbarten mid - term - reviews eine Bewertung sämtlicher Marktregelungen vorzunehmen. Unter dem Eindruck der WTO - Verhandlungen und des Erweiterungsprozesses will Fischler die geforderten Zwischenbewertungen „in einem einzigen Vorgang“ durchführen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

### **ANFRAGE:**

1. Wie beurteilen Sie, dass 45% der Mittel der EU - Agrarpolitik allein in die Ackerfruchtbetriebe gehen, obwohl dort um ein Vielfaches weniger Menschen beschäftigt sind als in der Milch - und Fleischproduktion oder im Obst - und Gemüsebereich?
2. Welche diesbezüglichen Änderungsmassnahmen werden Sie im Rahmen einer Reform der GAP vorschlagen?
3. Es liegt auf der Hand, dass Großbetriebe mit geringeren Kosten arbeiten als kleinere Bauernhöfe. Wie beurteilen Sie, dass bei der Vergabe der Beihilfen die Kostendegression bei Großbetrieben nicht berücksichtigt wird und welche Maßnahmen werden Sie in Österreich dagegen unternehmen?
4. Die EU - Richtlinie 1259/1999 ermächtigt die Mitgliedstaaten, zur Stabilisierung der Beschäftigungslage und zur Berücksichtigung des Gesamtwohlstands eines Betriebes sowie zur Sicherung einer angemessenen Lebenshaltung der landwirtschaftlichen Bevölkerung, Direktzahlungen an die Betriebsinhaber bis zu 20% zu kürzen, wenn die Anzahl der Arbeitskräfte eines Betriebes unterhalb einer bestimmten Grenze liegt und/oder der Gesamtwohlstand eines Betriebes und/oder die Gesamtbeiträge der Zahlungen eine bestimmte Grenze überschreiten. Warum haben Sie bisher in Österreich noch keinen Gebrauch von dieser Möglichkeit gemacht, um die soziale und ökologische Lage der österreichischen Landwirtschaft zu verbessern und die kleineren Betriebe zu stützen?

5. Sind Sie angesichts der BSE - Krise, die insbesondere kleinere und mittlere Rinderbauern trifft, bereit, diese Umschichtung der Mittel zugunsten dieser Betriebe vorzunehmen? Wenn nein, warum nicht?
6. Welche Reformvorschläge werden Sie auf EU-Ebene einbringen hinsichtlich einer Reduzierung der Überschüsse?
7. Werden Sie für eine Umwandlung der Flächenstillegung in eine Massnahme zur Erweiterung der Fruchtfolgen eintreten?
8. Werden Sie für eine Aufwertung des betrieblichen Futterbaus auf der Basis von Kleegras, Ackerbohnen und Erbsen eintreten?
9. Werden Sie für eine obligatorische Ergänzung des Getreidebaus durch Leguminosen und Futterpflanzen eintreten?
10. Werden Sie weiterhin für die Beibehaltung der Silomaisprämie eintreten oder dafür, dass vor allem die Weidehaltung und Grünlandnutzung gefördert wird?
11. Unterstützen Sie den Vorschlag der Kommission1 dass die Produktionsmenge von Rindfleisch gedrosselt wird, indem Prämien reduziert werden und extensives Wirtschaften bevorzugt wird? Wenn ja, was sind Ihre konkreten Vorschläge dazu? Wenn nein, warum nicht?
12. Unterstützen Sie den Vorschlag der Kommission, dass die Besatzdichte bei männlichen Rindern reduziert werden soll, indem nur noch 1,8 statt zwei Rinder pro Hektar prämienwürdig sein sollen?
13. Unterstützen Sie den Vorschlag der Kommission, dass für jeden Betrieb eine Obergrenze von 90 Rindern gelten soll, für die es Förderungen geben kann?
14. Unterstützen Sie den Vorschlag der Kommission, dass biologisch wirtschaftende Betriebe Futterpflanzen und Kleefpflanzen auch auf jenen stillgelegten Flächen anbauen dürfen, für die sie Prämien beziehen?
15. Unterstützen Sie den Vorschlag der Kommission, dass Sonderprämien für männliche Rinder, die derzeit nach Regionen bemessen werden, individuell pro Betrieb festgelegt werden?
16. Unterstützen Sie den Vorschlag der Kommission, die eine Änderung der Mutterkuhprämie vorsieht, wonach Bauern mindestens 20% „Färzen“ (weibliche Kühe, die noch kein Kalb geboren haben) im Bestand haben müssen?
17. Für welche sonstigen Reformmassnahmen auf EU - Ebene werden Sie anlässlich der Krisensituation der Landwirtschaft eintreten?